

DIE JÜDISCHE GEMEINDE IN GROSS-GERAU

Menachem Kaufmann

Dr. Menachem Kaufmann wurde als Manfred Kaufmann 1921 als Sohn des jüdischen Textil- und Schuhhändlers Albert Kaufmann in Geinsheim (bei Groß-Gerau) geboren. 1934 zog er mit seinen Eltern nach Groß-Gerau und besuchte das Gymnasium in Mainz. 1937 setzte er sich nach Palästina ab, sein Bruder Erwin ging ein Jahr später in die USA. Seine Eltern wurden von ihrem letzten Wohnort Frankfurt nach Osten deportiert und sind dort verschollen. Nach Gründung des Staates Israel 1948 arbeitete er lange Zeit in einem Kibbuz und diente in der Armee. Als Professor beschäftigt er sich an der Hebräischen Universität in Jerusalem mit der Geschichte der Juden in Amerika.

Aus der Stadtgeschichte:

Im ersten Jahrhundert war Groß-Gerau ein römisches Kastell. In den Dokumenten des Klosters Fulda wird der Ort im Jahre 910 mit dem Namen *curtis geraha* erwähnt. Im Jahr 1300 existierte am Ort ein befestigtes Dorf, das 1398 die Stadtrechte bekam, diese wurden ihm aber wieder entzogen, als es 1479 Teil der Landgrafschaft Hessen wurde. Erst im Jahr 1663 wurde Groß-Gerau wieder zur Stadt erklärt. Nach dem ersten Weltkrieg war dort die französische Besatzungsmacht stationiert, die den Ort erst am 30.06.1930 wieder verließ. Im zweiten Weltkrieg wurde ein Drittel der Stadt durch Bombenangriffe zerstört und sie wurde am 23.03.1945 von amerikanischen Soldaten erobert. Heute ist Groß-Gerau Kreisstadt des Landkreises Groß-Gerau mit 22.000 Einwohnern.

Geschichte der jüdischen Gemeinde bis zum Ende des 19. Jahrhunderts

Erste Informationen über Juden in Gerau stammen aus dem Jahr 1236. Kaiser Rudolf aus dem Hause Habsburg „verpfändete“ Graf Wilhelm von Katzenelnbogen einige Juden (siehe Kasten auf S. 6). Zum Teil lebten sie in Gerau. Die Juden waren für den Grafen eine gute Geldquelle. Er war der Feudalherr und begnügte sich nicht mit den üblichen Steuern, welche die Juden zahlten. 1330 preßte er aus ihnen zusätzliche Gelder heraus. Es gibt eine Urkunde aus dem Jahr 1401, die über Zahlungen der Judensteuern von 4 Juden in den Rechnungsbüchern der Grafenschaft von Katzenelnbogen berichtet (Judengelt).

1360 wird erstmals ein jüdischer Friedhof in Gerau erwähnt. Über die Zeitperiode von 1401 und bis zum ersten Jahrzehnt des 17. Jahrhunderts gibt es keine

Urkunden über Juden in Gerau, obwohl sie wahrscheinlich am Ort lebten. Im 30jährigen Krieg (1618-1648), in dessen Verlauf ganz Deutschland zerstört wurde, wurde auch die am Ort bestehende Synagoge zerstört, aber eine Ruine verblieb an ihrem Platz. Einer Zeugenaussage zufolge, die ungefähr im Jahre 1660 von Thielmann Volhard, Nicolaus Berk, Hanns Nannemann, Tiel Kistner (allesamt Christen) geäußert wurde, stand die Synagoge zwischen den Häusern des Barbiers Georgen und des Glöckners Philip Wolff. In der Synagoge beteten Juden aus Gerau und Umgebung. Die Zeugen erinnerten sich nicht, ob die Synagoge vor dem Krieg mit oder ohne eine Genehmigung erbaut wurde.

Im Juli 1660 richteten die Juden von Groß-Gerau (das war damals schon der Name der Stadt) an Landgraf Georg II. eine Bitte zur Erteilung einer Genehmigung, ihre Synagoge wieder zu errichten. Sie begründeten ihre Bitte damit, daß viele Juden einen Betraum benötigten. Der Landgraf erteilte den Juden die Genehmigung, obwohl sich ein höherer Beamter der Landgrafschaft, Superintendent Fentzer, dagegen aussprach. Dieser stützte sich dabei auf die negative Beurteilung der „Theologen“ aus Gießen (aus der Obergrafschaft). Thronfolger Landgraf Ludwig VI. nahm zwei Jahre später (1662) diese Genehmigung wieder zurück. Er ließ sogar die Synagoge im nahe gelegenen Rüsselsheim schließen und vertrieb drei jüdische Familien aus Groß-Gerau, die sich in Pfungstadt niederließen. Die verbliebenen Juden aus Groß-Gerau mußten sich einen anderen Betort suchen, und zwar in den Ortschaften unter Mainzer Herrschaft, damit sie ihre Feiertage dort begehen könnten. Obschon die Juden aus Groß-Gerau ihren Gottesdienst im Hause des Jacob Götschel 1665 abhalten durften, wurde ihnen die Errichtung einer Synagoge erst Mitte des 18. Jahrhunderts ermöglicht.

Im Stadtarchiv werden drei jüdische Familien urkundlich am Ende des 17. Jahrhunderts erwähnt. Zwei wurden vertrieben und die dritte, die Viehhandel betrieb sowie mit Stoffen handelte, durfte bleiben. Es ist möglich, daß diese Vertreibung im Zusammenhang der Erlangung der Stadtrechte gesehen werden muß, die im gleichen Jahr vom Landgraf von Hessen-Darmstadt an Groß-Gerau verliehen wurde. Diese Privilegien schlossen die Zusage für die Stadt ein, nicht mehr als zwei Schutz-Judenfamilien aufnehmen zu müssen. Der Landgraf hatte zweifelsohne finanzielle Interessen an den Juden und wie schon gesagt, sah er in ihnen eine willkommene Geldquelle, demgegenüber sahen die Händler in den Juden Konkurrenten.

Trotz des Widerstands seitens des Stadtrates erhielten die Juden 1739 die Genehmigung, ihre Synagoge wieder instand zu setzen. Die Synagoge durfte im Hof des Schutzjuden Ahron in der ehemaligen Schafstraße gebaut werden. Die Bedingungen, die mit dieser Genehmigung verknüpft wurden, waren:

Zahlung eines „Sühnegeldes“ in Höhe von 30 Gulden an die Kasse der evangelischen Kirche. Das Gebäude mußte in einiger Entfernung von der Straße gebaut werden, um den Zorn der Christen nicht zu erregen. Der Widerstand des Magistrats gegen den Bau wurde dem Landgrafen gegenüber mit finanziellen Einwänden begründet. Es sollte keine jüdische Ansiedlung begünstigt werden, „weil die christlichen Händler sich ohne die Juden besser ernähren und vorwärtskommen könnten“. Noch im Jahre 1738 wurde ein Vertrag unterzeichnet zwischen Moses Ahron, Ahron Mortge und Sussmann Samuel seitens der jüdischen Gemeinde und dem Baumeister Johann Adam Lautenschläger. Der Zimmermeister verpflichtete sich, ein Gebäude aus Eichenholz anzufertigen. 32 Schuh lang und 24 Schuh breit (ca. 11 mal 8 Meter), dem Baumeister wurden 750 Gulden gezahlt. Das Gebäude diente der Gemeinde Groß-Gerau bis 1892. Zur Zeit des Synagogenbaus (1738) lebten 60 Juden in Groß-Gerau.

1768 forderten die Zünfte erneut die Vertreibung der Juden aus der Stadt, „da sie den Händlern ihr Brot wegnähmen“. Der Landgraf kam ihren Forderungen nicht nach, und 1795 lehnte er sie endgültig ab. Im 18. Jahrhundert ernährten sich die Juden hauptsächlich vom Pferde- und Viehhandel sowie vom Handel mit Baumwollstoffen. Läden durften sie nicht eröffnen; in dieser Angelegenheit gab der Landgraf den Forderungen der Handelszunft nach. Brachten die Juden ihr Vieh und die Pferde auf die Märkte, so waren sie gezwungen, eine Sondersteuer, den „Leibzoll“ zu

zahlen; auf den heimischen dörflichen Märkten, wurden sie davon befreit (Urkunden dazu von 1739 und 1746). Im Stadtarchiv Groß-Gerau gibt es Urkunden aus dem 18. Jahrhundert mit Gesuchen von Schutzjuden, in denen sie um Aufnahme bitten, Handel treiben zu dürfen. Die Aufnahme von Juden konnte nur der Landgraf bewilligen, er berücksichtigte dabei jedoch die Einschätzung des Magistrats, die meistens negativ ausfiel, auch wenn es sich um die Schutzjuden der Stadt handelte. Der Stadtrat erklärte, daß er neuen Schutzjuden keine Aufnahme gewähre; diejenigen, die schon in der Stadt wohnten, könnten in Ruhe dort sterben. Der Landgraf beugte sich meist diesen Forderungen, es gab aber auch Ausnahmen. Die Juden Groß-Geraus waren gezwungen, sich auch Heiratsgenehmigungen einzuholen und eine Erlaubnis bei Auswanderung aus dem hessischen Hoheitsgebiet. Diese Verordnungen waren bis zum Jahr 1861 gültig (Urkunden dazu von 1858, 1860, 1861). Oft wandten sich die Juden an die Behörden, um die verschiedensten Genehmigungen einzuholen, z. B. Gesuche um Steuerbefreiung oder -ermäßigung; Befreiung von der Pflicht, Soldaten fremder Heere, die in der Stadt stationiert waren, aufnehmen zu müssen; usw. Meist wurde diesen Bitten nicht stattgegeben.

Der Gebrauch der hebräischen Sprache war den Juden außerhalb ihres Gottesdienstes untersagt. 1785 durften sie ihre Testamente, die Buchführung, ihre Geschäfte, Vereinbarungen und Verträge sowie ihre Steuereinschätzungen nicht mehr in der hebräischen

„Judenschutz“ im Mittelalter

Der erhöhte Königsschutz, der den Juden in den königlichen Landfrieden des 12. und 13. Jahrhunderts versprochen wurde, hatte zur Folge, daß die offiziell als schutzbedürftig Geltenden immer mehr für unfähig angesehen wurden, Waffen zu führen, obwohl ihnen das Waffenrecht gesetzlich bis weit ins 14. Jahrhundert hinein nicht abgesprochen wurde. Wie schon früh in England und Frankreich, so wurden in zunehmendem Maße auch in Deutschland die Juden allgemein als Knechte ihrer christlichen Herren angesehen, da Gott sie (...) zu ewiger Knechtschaft verdammt habe. Die Gewinne aus der jüdischen Geschäftstätigkeit wurden vom König und von den Fürsten, denen er den Judenschutz überließ, gewissermaßen als Gewinne des eigenen Wirtschaftsbetriebes betrachtet. Als königliche „Kammerknechte“ — die Bezeichnung erscheint erstmals 1236 — standen schließlich alle Juden im Reich in einem engen Unterordnungsverhältnis zum König und zu seiner Wirtschaftsverwaltung. Ihre finanzielle Ausbeutung galt als königliches Monopol, als „Regal“. Die Einkünfte aus diesem sogenannten Judenregal bildeten, soweit der König sie nicht verpfändete oder zu Lehen ausgab, einen der bedeutendsten Einnahmeposten der königlichen Kammer.

Abgesehen von dem wirksamen Schutz von direkten Verfolgungen wurde aber im frühen 14. Jahrhundert die Lage (...) der (...) Juden allgemein immer schwieriger. Einerseits wuchs ihr geschäftliches Risiko unter anderem dadurch, daß ihre Schutzherren sie von Zeit zu Zeit zwangen, ihre Zinsforderungen gegenüber bestimmten Schuldnern zu reduzieren oder ganz auf sie zu verzichten, andererseits suchten eben diese Schutzherren, ihre eigenen Einkünfte von den Juden immer mehr zu steigern. Der oberste Schutzherr schloß sich nicht aus: Kaiser Ludwig der Bayer erfand 1342 eine Sonderabgabe von einem Gulden, den man später den „gülden Opferpfennig“ nannte; er mußte alljährlich von jedem männlichen Juden ab zwölf Jahren und von jeder Judenwitwe im Reiche an den König bezahlt werden, unabhängig davon, an wen dieselben Juden ihre gewöhnlichen Steuern zu entrichten hatten.

aus: Ludwig Falck, Glanz und Elend der mittelalterlichen Judengemeinde,
in: Juden in Mainz. Katalog zur Ausstellung der Stadt Mainz, Mainz 1978, S. 28 und 32

Bericht des Zentgrafen Heinrich May zu Groß-Gerau vom 2. August 1660

Mir berichten einige Männer „... dass vor ungefähr 40 Jahren undt vor dem Krieg, ein Bawgen alhir zwischen Meister Georgen des Barbirers undt Phillips Wolffens des jetzigen Glöckners Hauss gestanden, darinnen hetten nicht allein alle hiesige eingessene sondern auch alle frembte Juden, so wohl inner - alss ausser Landes hieherumb, Ihre Synagog gehalten, durch das Kriegswesen aber, wehre sie in abgang kommen. (...)

Dero Gestreng. Vest und Hochgegr. underthenig dinstschultiger undt gehorsamer Knecht Heinrich May, m.p.“

Bericht des Zentgrafen Heinrich May zu Groß-Gerau vom 24. Dezember 1663

„Was es mit hisiger hievor gewesen und Anno 1660 wieder angerichter Judenn-Synagog vor ein bewandnus, Ist aus den 3 beygelegten Copieen gnedig zu ersehen; Dieser Synagog nun, gebrauchten sich die Grosengerauer 3 Juden, als **Menle**, so ein 60-jähriger Jud, vf 30 iahr alhir gewohnet, ein weib und 2 Kind, auch ein klein eigen Häusslein und ein geringes Krämllein hat, So dan **Isaak**, welcher von 40. Jahren, auch etwa in 12. Jahr alhir gewohnet, desgleichen ein weib und 5. klein Kinder und sein eigen Haus, auch einen feinen Kram, Frucht und Vihe Parthierung hat, Und dan **Moises**, der ein witmann mit 3. Kindern ist, und etwa 10. Jahre alhir gewonet ...“

Vertrag zum Bau einer Synagoge in Groß-Gerau vom 10. Februar 1738

„Kundt undt zu Wissen Seye hiermit Jeder Manniglich das heut zu unten gesetzten Dato ist Ein aufrichtiger undt redlicher Bau Contract beredet undt beschlossen worden zwischen beiden Theillen, Zwischen Moyses Ahron undt Ahron Mortge undt Sussmann Samuel veraccordiren im Nahmen der gemeinde Judenschafft dem Meister Johann Adam Lautenschläger Bürger undt Zimmer Meister allhier. Erstlich die Drey bemelde Juden veraccordiren dem Meister Johann Adam Lautenschläger das gemeinde Judenschulhaus* vellig accord messig zu stellen in Summa. Er Lautenschläger ist Schultig denen Juden den schlüssel zu lieffern von solchen wie nachbemeldet würdt versprechen obige drey Juden ihme Lautenschläger vor Solchen Bau baar zu bezahlen 750 Gulden. Gros-Gerau, den 10. Februar 1738“

* Anmerkung d. Red.: Judenschule ist die ab dem Mittelalter gebräuchliche volkstümliche Bezeichnung für Synagoge. (Quelle: Archiv Diehl, Groß-Gerau)

Sprache abfassen, auch nicht bei Verträgen, die sie untereinander abschlossen. Aus den Steuerlisten erfahren wir, daß seit 1700 die Juden Groß-Geraus bürgerliche Familiennamen annehmen mußten.

Die meisten Judenlandtage für Starkenburg (ein Teil Hessens) fanden im 18. Jahrhundert in Groß-Gerau statt. Zwischen 1722 und 1741 gab es sieben solcher Treffen, zwischen 1752 und 1766 deren drei. Besonders bemerkenswert ist, daß am Ende des 18. Jahrhunderts (1779) die jüdische Gemeinde es sich leisten konnte, für ihre Kinder einen Lehrer (Judenmeister) zu finanzieren. Der Kandidat bekam die Aufenthaltserlaubnis, die aber keine Schutzaufnahme bedeutete, auch keine Erlaubnis, Handel zu treiben. Das Aufenthaltsrecht galt zehn Jahre.

Im 19. Jahrhundert wurden die Aufnahmegesuche der Juden insgesamt positiver beantwortet als in dem Jahrhundert zuvor (Urkunden von 1857 bis 1863). Sie begannen, mit Eisenwaren zu handeln (1815) und mit Mehl (1813). Jüdischen Metzgern war es allerdings untersagt worden, Fleisch im Handel zu verkaufen (1876). 1827 gründeten die Juden Gerau einen Verein, der es auf sich nahm, bedürftige Bräute mit einer Mitgift auszustatten. 1914 gehörten diesem Verein 116 Mitglieder an. Er besaß ein großes Vermögen, das größtenteils im ersten Weltkrieg und während der Inflation verloren ging. 1927 feierten die Juden das hundertjährige Bestehen dieses Vereins.

Ende des 19. Jahrhunderts rückte der Bau der neuen Synagoge (11 mal 17 Meter) in der Frankfurter Straße in den Mittelpunkt des Gemeindelebens. Im September 1892 wurde sie eröffnet. 1894 bekam die Gemeinde die Genehmigung, ein Frauenbad (Mikwe) einzurichten. Der Synagogenplan wurde von dem Zimmermeister und Großherzoglich Hessischen Hoflieferanten W.H. Diehl, der zugleich auch Ortsurkundenpfleger war, ausgearbeitet; sämtliche Pläne, darunter auch die Sitzpläne der Gemeindemitglieder, sind erhalten geblieben.

Das Aufkommen des nationalen Antisemitismus in Deutschland am Ende des 19. Jahrhunderts war auch in Groß-Gerau spürbar. Der Gemeindevorstand rief die Juden am 18.01.1881 auf, die Lokalzeitung „Groß-Gerauer Kreisblatt“ wegen ihrer antisemitischen Tendenzen zu boykottieren. Ungefähr zehn Jahre später, am 14.05.1891, unterrichtet eine jüdische Zeitung ihre Leser über ein Antisemitentreffen in der Stadt. Drei Jahre später, am 01.12.1894, wird wieder über ein solches Treffen berichtet: 43 Menschen nahmen daran teil, und ein Mann namens Bindwald hielt eine Rede. Fünfzehn Jahre später, am 30.04.1909, berichtet die jüdische Presse über eine Friedhofsschändung: Ein 17 Jahre alter Schmied und sein Bruder zerstörten 42 Grabsteine. Der junge Mann wurde vom Gerichtshof in Darmstadt zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis verurteilt. Am 5. Dezember 1918, kurz nach Beendigung des er-

sten Weltkriegs, wird wieder über eine Friedhofschändung berichtet, wieder wurden Grabsteine zerstört. Es stehen uns keine überprüften Kenntnisse über antisemitische Vorkommnisse während der genannten Zeiträume zur Verfügung, aber man kann davon ausgehen, daß innerhalb dieser Periode, also Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts, der Antisemitismus in Groß-Gerau keine Ausnahmeerscheinung gewesen ist. Die Gründung des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus, ein Verein, der vielfältiges Informationsmaterial an die breite Öffentlichkeit verteilte, weist auf die Existenz des Antisemitismus in Hessen hin. Hier wurde also der Boden des zukünftigen Antisemitismus vorbereitet, der später das ganze Land überziehen sollte.

Die jüdische Bevölkerung Groß-Geraus

Zur Zeit der Weimarer Republik gab es einen langsamen Anstieg in der jüdischen Bevölkerungszahl, ihren Höhepunkt erreichte sie um das Jahr 1925. Seit der Machtübernahme der Nationalsozialisten gab es natürlich eine ständige Abnahme der jüdischen Bevölkerung. Nur eine Familie siedelte im Jahre 1934 aus einem der Dörfer (Geinsheim) nach Groß-Gerau um. Den Dokumenten des Stadtarchivs zufolge sieht das Ende der jüdischen Gemeinde bis zum Jahr 1940 wie folgt aus: 25 Menschen wanderten direkt in die USA aus; 5 nach Frankreich und einer nach Israel (das ist der Verfasser dieses Berichts); 96 gingen in die großen Städte in Deutschland, darunter 63 nach

Die jüdische Bevölkerung von Groß-Gerau 1663 — 1939

Jahr	Gesamteinwohnerzahl	davon Juden (absolut/Prozent)	Quelle
1663		3 Familien/15 Personen	(7)
1725		5 Steuerzahler	(1)
1738		60 Personen	(8)
1746		11 Steuerzahler	(1)
1770		12 Familien	(2)
1799-1803		12 Steuerzahler	(1)
1809		14 Familien/54 Personen	(3)
1828		45 Personen	(4)
1830		45 Personen	(3)
1837	1996	50 Personen	(7)
1861	2426	68 Personen/2,8 %	
1871	2533	97 Personen/3,8 %	
1875	2678	127 Personen/4,7 %	
1880	2925	135 Personen/4,6 %	
1885	3360	141 Personen/4,1 %	
1890	3692	134 Personen/3,6 %	
1895	?	129 Personen/?	
1900	4486	126 Personen/2,8 %	
1905	5062	131 Personen/2,5 %	
1910	5594	140 Personen/2,5 %	
1925	6022	161 Personen/2,7 %	
1933	6557	140 Personen/2,1 %	
1936		85 Personen	(5)
1937		40 Personen	(3)
1938		21 Personen	(6)
1939		0 Personen	

(Tabelle nach Kaufmann. Im einzelnen: Quelle 1: Zentralarchiv der Geschichte des jüdischen Volkes, Jerusalem; 2: Beiträge zur Statistik des Großherzogtums Hessen; 3: Archiv der Stadt Groß-Gerau; 4: Archiv Yad Vashem, Jerusalem; 5: Wählerliste zum Reichstag 29. 3. 1936; 6: Hessisches Staatsarchiv, Wiesbaden; 7: Archiv Diehl, Groß-Gerau; 8: Arnsberg; Quellen 1—6 in: Kaufmann)

Konfessionelle Verteilung der Einwohner Groß-Geraus 1933

(Gesamtbevölkerung 6557):

Protestanten	84,4 %
Katholiken	9,2 %
Andere	4,2 %
Juden	2,2 %

Frankfurt am Main und 33 nach Mainz und Wiesbaden und anderen Städten. Einem Teil von ihnen gelang es, nach Übersee auszuwandern, andere wurden in die Konzentrationslager des Ostens verschleppt; 4 wurden direkt aus Groß-Gerau in die Todeslager geschickt. Vier starben in der Stadt, und über das Schicksal der anderen haben wir keine Informationen. Kein Jude aus Groß-Gerau hat sich das Leben genommen. Der letzte Jude, „Schachtel-Jude“ genannt, in Anlehnung an die Kiste, mit der dieser Händler seine Ware von Haus zu Haus trug, wurde 1939 vertrieben. Am 7. November 1940 konnte der Bürgermeister seinen Vorgesetzten mitteilen, daß Groß-Gerau „judenrein“ sei.

Die jüdische Gemeinde bis zur Machtübernahme

In den ersten drei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts konsolidierte sich das Leben der jüdischen Gemeindeglieder in Groß-Gerau in gesellschaftlicher sowie in ökonomischer Hinsicht. Die meisten Juden waren im Handel beschäftigt, aber es gab auch solche, die Industriebetriebe einrichteten. Auffallend waren die Handelshäuser der Familien Kahn und Marx und der Industriebetrieb der Familie Hirsch. Andere betrieben Viehhandel und ernährten sich von der Metzgerei. Es gab aber auch Juden, die als Arbeiter in der Zuckerfabrik arbeiteten und solche, die sich mit dem Kleinhandel den Unterhalt verdienten. Über den gesellschaftlichen Aufstieg der Juden zeugt die Ernennung des jüdischen Industriellen Heinrich Hirsch zum stellvertretenden Bürgermeister von Groß-Gerau in den Jahren 1919 - 1921. Er war auch Mitglied im Vorstand der Industrie- und Handelskammer in Hessen sowie im Stadtrat. Hirsch war ebenfalls Vorsitzender des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, der 1922 in der Stadt gegründet wurde, er erfüllte diese Aufgabe fast zehn Jahre lang. 1932 erhielt er die Goethe-Plakette. In der Gründung weiterer Organisationen, wie dem Reichsbund jüdischer Frontsoldaten sowie in den weitverzweigten Aktivitäten des Vereins zur Unterstützung jüdischer Bräute, dokumentiert sich diese Konsolidierung.

1910 wurde der alte jüdische Friedhof der Gemeinde „Am Burggraben“ endgültig geschlossen, er wurde seit 1600 benutzt. Für die Juden aus Groß-Gerau wurde jetzt der neue Friedhof in der Theodor-Heuss-Straße eröffnet, der für die Juden aus den anderen Städten des Kreises seit 1841 zugänglich war. Auf diesem Friedhof errichtete man am 29.11.1931 ein Denkmal zur Erinnerung an jüdische Soldaten aus Groß-Gerau, die im ersten Weltkrieg gefallen waren, in dem sie ihrem Vaterlande dienten, wie die übrigen Staatsbürger auch. An der Einweihung nahmen Vertreter der Stadtverwaltung teil sowie die Vertreter anderer Behörden, ein katholischer Pfarrer sowie der Stellvertreter der allgemeinen Kämpferorganisation. Dieses Denkmal haben die Nazis in der

sogenannten „Reichskristallnacht“ zerstört. Nach dem Krieg wurde es von der Stadtverwaltung wieder erneuert.

Seit der Mitte des 19. Jahrhundert wurden den Juden von Groß-Gerau bei ihrer Einbürgerung keine Schwierigkeiten mehr entgegengestellt, sie konnten auch ihre erzieherischen und religiösen Einrichtungen errichten, die allesamt um ihre schöne, mit roten Backsteinen gebaute Synagoge plazierte waren, unweit der protestantischen Kirche in der Frankfurter Straße. Die Synagoge wurde orthodox geführt, obwohl nicht alle Gemeindeglieder orthodoxen Glaubens waren. Ein Teil von ihnen nahm nur an den Gottesdiensten an den hohen Feiertagen teil. Aber zu dieser Zeit, am Ende der Weimarer Republik, fehlte es nicht an antisemitischen Vorkommnissen in der Stadt. Die Wahlergebnisse der Jahre 1930 - 1932 zeigen den Aufstieg der Nazis an. (Vgl. dazu S. 18f)

Ein Beispiel dafür, daß der Antisemitismus sich nicht nur auf die Partei der Nazis beschränkte, ist die Hetzrede, die der protestantische Pfarrer Scriba, am 28.11.1930 in der Öffentlichkeit hielt. Er sagte dabei: „Wir verzichten hier auf die 150 Juden, nehmt sie nach Frankfurt.“ Die Stadtverwaltung verurteilte dies zwar, und die jüdische Gemeinde beschwerte sich bei den kirchlichen Institutionen des Landes Hessen, aber die Ereignisse der Jahre 1931 - 1933 ließen diesen Vorfall schnell vergessen. Die Machtübernahme Hitlers am 30.01.1933 veränderte das Leben der Juden Groß-Geraus in drastischer Weise (Vgl. dazu S. 25 u. 50).

Die Juden Groß-Geraus seit 1933 bis zur „Kristallnacht“

Nach dem Boykott am 1. April 1933, der natürlich die Juden und ihre Geschäfte schwer traf, wurde ihre Freiheit erheblich eingeschränkt.

Ein Jahr später, im August 1934, drangen „Unbekannte“ in die Synagoge ein, verwüsteten die Tora-Bücher und zerstörten religiöse Gebrauchsgegenstände. 1935, noch vor der Veröffentlichung der Nürnberger Gesetze am 15. September, mußten jüdische Schulkinder die öffentlichen Schulen verlassen, da es ständig Übergriffe auf sie gab. Sie mußten jetzt in die jüdische Schule nach Mainz überwechseln, in eine Institution, die als Gymnasium neben der liberalen Synagoge eingerichtet worden ist. Trotz ihrer Beteiligung an jüdischen Jugend- und Sportgruppen in Mainz, gab es für sie immer noch ein reges gesellschaftliches Leben in Groß-Gerau.

Direkt nach der Gesetzgebung von Nürnberg begannen einige Naziführer der Stadt mit der Feststellung des „Ariernachweises“ derer, deren „arische“ Abstammung in Zweifel gezogen wurde. Zu diesem Zweck holten sie aus dem Archiv der protestantischen Kirche die Beschneidungslisten der Juden aus dem 18. Jahrhundert heraus, die aus unbekannten Gründen dort verblieben waren, und übergaben sie

dem „Gausippenamt“ der NSDAP. Diese Liste verschaffte ihnen die Information über Väter und Großväter der „zweifelhaften“ Einwohner aus den Jahren 1735 - 1760. Trotz der einschneidenden Beschränkungen, der Festnahmen und der Beleidigungen auf den Straßen führten die Juden ihr Leben weiter. In den Schaufenstern der „arischen“ Läden hingen Plakate, die mit Buchstaben beschrieben wurden, die denen der hebräischen Schrift nachgebildet waren mit folgendem Inhalt: „Kauft nicht bei Juden“. Der berüchtigte „Stürmer“ wurde auf einer Informationstafel ausgestellt, die eigens hierfür gegenüber der Synagoge eingerichtet wurde. Gleichzeitig verwandelte sich die Synagoge selbst in ein religiöses Gemeindezentrum unter der Leitung des jungen und energischen Karl Hartogsohn. Die Gottesdienste fanden regelmäßig am Montag und am Donnerstag statt sowie freitags und samstags, an denen dreimal am Tag gebetet wurde. Nach den Abendgebeten am Samstag (Sabbat) hielt er einen Vortrag über den Wochenabschnitt vor der anwesenden jüdischen Jugend und den Erwachsenen. An den Sonntagen blieben die Erwachsenen in ihren Häusern und die Jugendlichen versammelten sich in Privatwohnungen oder in einem Nebenzimmer der Synagoge, wo sie Gesellschaftsspiele spielten. Die Aktivitäten wurden im Sommer 1936 eingeschränkt wegen der Auswanderung von Juden und ihrer Abwanderung in die großen Städte. Wegen Geldmangels mußte Hartogsohn

am 1. September 1936 seine Stelle aufgeben, der Gottesdienst wurde jetzt von dem Synagogendiener, Max Meier, ausgeführt. Die Aktivitäten wurden trotz der eingeschränkten Mittel fortgesetzt.

1937 zwangen die Nazis die Juden, den alten jüdischen Friedhof aufzugeben und unter Aufsicht des Rabbiners öffneten die Juden die Gräber und holten aus ihnen die Gebeine heraus. Auf dem Friedhof entdeckte man unter anderem ein Kindergemeinschaftsgrab, wahrscheinlich aus der Zeit des 30jährigen Krieges. Zwei Juden mußten, begleitet von dem Gelächter des Pöbels, die Überreste der Leichen durch die ganze Stadt hindurch tragen bis sie auf dem neuen Friedhof wieder in ein Gemeinschaftsgrab gelegt wurden. Nach dem Krieg errichtete die Stadtverwaltung auf diesem Grab einen Gedenkstein.

Am Abend des Versöhnungstages 1937 stellten die Nazis gegenüber dem Synagogeneingang ein Schafott auf und hängten daran ein „Judenpuppe“. Noch im gleichen Jahr plante man, den neuen Friedhof zu schließen, um ihn in ein Fußballstadion umzufunktionieren, aber der Beginn des Krieges am 1. September 1939 verhinderte die Ausführung dieses Plans und der Friedhof blieb bestehen, nachdem in der „Kristallnacht“ viele Grabsteine zerstört worden waren. Am 14.04.1938 durften die Juden die öffentlichen Archive nicht mehr benutzen und am 19.09.1938 durften sie keine Bibliotheken mehr betreten. Am 5. Juni 1938 fand die letzte Beerdigung auf dem hiesigen Friedhof statt, von jetzt an mußten sie ihre Toten nach Mainz zur Beerdigung bringen, nachdem ihnen die Bestattung in Groß-Gerau untersagt worden war.

In der „Kristallnacht“ wurde die kleine jüdische Gemeinde angegriffen und ihre öffentlichen Gebäude zerstört. Die Synagoge wurde auf Befehl des Führers der SA-Gruppe Kurpfalz Mannheim vom 10. November angezündet. Diese „Operation“ wurde dem stellvertretenden SA-Gruppenleiter der Standarte 221 Rüsselsheim auferlegt. Die Rohlinge sollten die Synagoge sowie ein benachbartes kleines Gebäude,

Groß-Gerau

Großes Militärkonzert in Groß-Gerau. Am Samstag, den 31. August veranstaltet die Landespolizeikapelle Gruppe Frankfurt am Main im Saale „Zum Adler“ ein großes Militärkonzert. Unter Leitung von Musikmeister Hans Walter wird die Kapelle schneidige Märsche und Konzertstücke zu Gehör bringen. Näheres wird die Bevölkerung im Laufe der Woche durch unsere Zeitung erfahren.

Juden in deutschen Geschäften unerwünscht! Heute werden an allen deutschen Geschäften in Groß-Gerau Schilder „Juden unerwünscht“ angebracht. Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß es eine Selbstverständlichkeit ist, daß Geschäfte, die durch die Anbringung des Schildes „Deutsches Geschäft“ ausgezeichnet wurden, auf den Besuch von Juden verzichten. Durch die Anbringung der Schilder „Juden unerwünscht“ wird dieser Selbstverständlichkeit auch nach außen hin sichtbar Ausdruck gegeben.

Der Stürmer
Deutsches Wochenblatt zum Kampfe um die Wahrheit
HERAUSGEBER: JULIUS STREICHER

29	Montag, im Juli 1938	1938
----	----------------------	------

**Synagogen
sind Räuberhöhlen**
Die Schande von Nürnberg

das „Kapelle“ genannt wurde, anzünden. Da es keine jüdische „Kapelle“ in der Stadt gab, zündeten sie deshalb das kleine Gebäude an, in dem die Leichenwagen auf dem Friedhof untergestellt waren. Am 11. November konnte der Kommandant der SA zu Protokoll geben, daß die „Aktion“ durchgeführt wurde.

Den Anordnungen der Nazipartei folgend, veröffentlichte die Lokalzeitung von Groß-Gerau die Lüge, daß aufgebrachte Bürger die Synagoge anzündeten und diese den ganzen Tag brannte. Die Feuerwehren schützten die Umgebung vor der Ausbreitung des Feuers und erst am Abend (!) traf die SA-Einheit 221 aus Rüsselsheim ein, um die Öffentlichkeit vor den einstürzenden Mauern zu beschützen. Ein Zeuge gab an, daß er nur das von SA-Männern umringte Gebäude sah, und diese die Bevölkerung hindern wollten, sich den einstürzenden Mauern zu nähern. Eine weitere Etappe bei den Angriffen gegen die Juden bildete das Eindringen in ihre Wohnungen und Häuser. Es sieht so aus, als hätten sich an diesen Zerstörungshandlungen sowohl einheimische SA-Leute beteiligt als auch solche Menschen aus der Bevölkerung, die sich an dem Diebesgut bereichern wollten.

Über den Überfall auf das Haus des Gemeindevorstehers Gustav Hirsch in der „Kristallnacht“ steht uns eine ausführliche Zeugenaussage zur Verfügung: „Hier war wieder die SA, sie umstand das Haus von allen Seiten. Jenseits der SA-Kette versammelten sich neugierige Bürger. Sie sahen ruhig und nachdenklich aus, ohne Aufregung oder Begeisterung. Ich weiß nicht, ob die Menschen verängstigt oder entsetzt waren. Sie machten einen etwas bedrückten Eindruck. Sie standen einfach da. Einige waren im einstöckigen Haus und warfen Gegenstände aus den Fenstern heraus. Plötzlich schrie ein SA-Mann von unten: „Du mußt hinter den Spiegeln und den Bildern suchen, dort verstecken sie das Geld“. Ich sah Gestalten an den Fenstern. Sie warfen Bettzeug auf die Straße und die anwesenden Menschen nahmen die Sachen mit nach Hause. Es wurden Möbel herausgeworfen und auch ein Spiegel.“ Eine andere Zeugin, die sich die Ausschreitungen der Gewalttäter in den Häusern der Juden mitansah, erzählte, daß jene die Kissen durchschnitten und die herausfallenden Federn in den Straßen herumflogen. Der entstandene Anblick erinnerte sie an das Märchen von Frau Holle.

Rapport einer SA-Brigade

SA. DER NSDAP.
BRIGADE 50 (STARKENBURG)
ABTEILUNG F.B.R. B. NR. 4309

Darmstadt, den 11. November 1938
Moosbergstraße 2
Fernruf: 7042 und 7043
Postcheckkonto: Frankfurt a. M. 23 448
Bankkonto: Städtische Sparkasse 155

Betrifft:
Bezug:
Beilagen:

An
SA-Gruppe Kurpfalz
Mannheim
(Bei Antwortschreiben Datum und
Briefbuchnummer angeben.)

Am 10. 11. 1938 3 Uhr erreichte mich folgender Befehl:
»Auf Befehl des Gruppenführers sind sofort innerhalb der Brigade 50 sämtliche jüdische Synagogen zu sprengen oder in Brand zu setzen.

Nebenhäuser, die von arischer Bevölkerung bewohnt werden, dürfen nicht beschädigt werden. Die Aktion ist in Zivil auszuführen. Meutereien oder Plünderungen sind zu unterbinden. Vollzugsmeldung bis 8.30 Uhr an Brigadeführer oder Dienststelle.«
Die Standartenführer wurden von mir sofort alarmiert und genauestens instruiert, und mit dem Vollzug sofort begonnen. Ich melde hiermit, es wurden zerstört im Bereich der

Standarte 115

1. Synagoge in Darmstadt, Bleichstr.	durch Brand zerstört
2. " in Darmstadt, Fuchsstr.	" " "
3. " in O./f. Ramstadt	Innenraum u. Einrichtung zertrümmert
4. " in Gräfenhausen	" " "
5. " in Griesheim	" " "
6. " in Pfungstadt	" " "
7. " in Eberstadt	durch Brand zerstört

Standarte 145

1. Synagoge in Bensheim	durch Brand zerstört
2. " in Lorsch in Hessen	" " "

3. Synagoge in Heppenheim

4. " in Birkenau	durch Brand u. Sprengung zerstört
5. Gebetshaus in Alsbach	durch Brand zerstört
6. Versammlungsraum in Alsbach	" " "
7. Synagoge in Rimbach	Inneneinrichtung vollständig zerstört

Standarte 168

1. Synagoge in Seligenstadt	durch Brand zerstört
2. " in Offenbach	" " "
3. " in Klein-Krotzenburg	" " "
4. " in Steinheim a. M.	" " "
5. " in Mühlheim a. M.	" " "
6. " in Sprendlingen	" " "
7. " in Langen	" " "
8. " in Egelsbach	" " "

Standarte 186

1. Synagoge in Beerfelden	durch Sprengung zerstört
2. " in Michelstadt	Inneneinrichtung zertrümmert
3. " in König	" " "
4. " in Höchst i. O.	" " "
5. " in Groß-Umstadt	" " "
6. " in Dieburg	" " "
7. " in Babenhäusen	" " "
8. " in Groß-Bieberau	durch Brand zerstört
9. " in Fränk. Crumbach	Inneneinrichtung zerstört
10. " in Reichelsheim	" " "

Standarte 221

1. Synagoge und Kapelle in Gr. Gerau	durch Brand zerstört
2. " in Rüsselsheim	niedrigerissen u. Inneneinrichtung zerstört
3. " in Dornheim	Inneneinrichtung zerstört
4. " in Wolfskehlen	" " "

Der Führer der Brigade 50 (Starkenbourg)
Lucke, Brigadeführer



Auf dem Marktplatz in Groß-Gerau am 11. (?) November 1938: Jüdische Mitbürger werden öffentlich gedemütigt ▲

Anhand eines Gerichtsverfahrens gegen zwei SA-Kommandanten aus Groß-Gerau läßt sich zeigen, wie sich die Gewalttäter das Diebesgut aneigneten: Ein einheimischer Polizist fand in ihren Taschen Goldmünzen, Schmuck und andere Wertgegenstände, die aus den Häusern der Familien Strauß und Marx entwendet wurden, das waren zwei wohlhabende jüdische Familien. Die einheimische Polizei hat diese Vorkommnisse im Jahr 1938 heruntergespielt, weil sie es nicht wagte, „hochgestellte“ Personen zu beschuldigen. Über das Eindringen in die Häuser der Juden in Groß-Gerau berichtete die Lokalzeitung am 11. November folgendermaßen: „Die Polizei durchsuchte die Häuser von Juden und fand dort Gewehre und Säbel vor.“

Die jüdischen Männer wurden festgenommen und in die Bürgermeisterei gebracht. Die Festnahme wurde als „Schutzhaft“ vor der aufgebrachten Menge bezeichnet. Die Nazizeitung berichtete auch, „daß ihnen kein Haar gekrümmt wurde“. Nachdem die Ju-

den in der Bürgermeisterei gedemütigt worden waren, wurden zwölf der Verhafteten auf den Marktplatz gebracht. Auf dem Platz wurde an ihnen der „letzte Apell“ durchexerziert, und sie mußten „Turnübungen“ durchführen, bevor man sie auf Lastwagen verlud, die sie nach Buchenwald ins Konzentrationslager brachten. Der jüngste unter ihnen war mit 16 Jahren Ludwig Meier und der älteste Markus Schott, 74 Jahre alt.

Der Chronist Franz Flach, schreibt: „Auf den Gesichtern der umherstehenden Neugierigen erschien ein dümmliches Lächeln, es ist anzunehmen, nicht wegen ihrer Boshaftigkeit sondern aus ihrer Angst heraus in Bezug auf ihr eigenes Schicksal, ihres kleinen Ichs wegen“. Sieben der Verhafteten wurden in das Konzentrationslager geschickt, fünf alte Männer wurden an Ort und Stelle entlassen. Der Kreiskommandant der NSDAP schaute diesem beleidigenden Schauspiel hinter den Vorhängen seines Büros zu. Der Chronist beendet seinen Bericht: „Danach wur-



den die Rechtlosen auf einen Lastwagen verladen und zusammen mit dem Motorengeräusch hörte man das gezwungene Singen der Verhafteten: „Muß i denn, muß i denn zum Städtele hinaus und du mein Schatz bleibst hier“. Ehrelosigkeit kann auf vielfältige Art und Weise ausgedrückt werden. Hier benutzte man ein gutes und altes Volkslied, um die Erniedrigungshandlung zu vervollständigen.“

Am 10. November berichtete der Nazibürgermeister Götz seinen Vorgesetzten, daß die Synagoge und das kleine Gebäude auf dem Friedhof vollständig ausgebrannt seien und daß großer Sachschaden an den Häusern von Juden verursacht worden sei. Nach eingehender Beratung zwischen dem Bauingenieur, dem Feuerwehrhauptmann und dem einheimischen SA-Kommandanten, wurden die Überreste der Synagoge entfernt und der Platz blieb leer.

Am 12. November erneuerten sich die „Demonstrationen“ gegen die Juden Groß-Geraus. Es sah so aus, als wollten die „Demonstranten“ hauptsächlich

plündern und ihr erklärtes Ziel war dabei Emil Marx, ein wohlhabender Jude im Alter von 65 Jahren, der in sein zerstörtes Haus zurückkehrte. Er und seine Schwester, Hedwig Kaufmann, deren Ehemann nach Buchenwald verschleppt worden war und die seitdem im Hause Marx wohnte, brachten sich im benachbarten Haus Wirtwein in Sicherheit. Trotz der nazistischen Propaganda nahmen christliche Nachbarn verfolgte Juden in ihren Häusern auf. Im Hause Wirtwein wurde Marx von der Polizei festgenommen, die damit gewalttätige Ausschreitungen gegen ihn verhindern wollte. Vom Hause Marx setzten die Gewalttäter ihren Weg in weitere jüdische Häuser fort, deren Besitzer ebenfalls ihres eigenen „Schutzes“ wegen festgenommen wurden. In der Nacht ließ man sämtliche Festgenommenen wieder frei.

Am Samstag nach der „Kristallnacht“ wurden die Juden, die nicht in die Lager geschickt worden waren, gezwungen, die Straßen an ihren Häusern zu

säubern und die Fassaden auszubessern. Die Wohnungen selbst blieben ruiniert. Die Ausschreitungen der „Kristallnacht“ wurden von der breiten Bevölkerung nicht mit der großen Begeisterung aufgenommen, die sich Göbbels erhoffte, deswegen griff man in Groß-Gerau so wie anderswo in Deutschland, zu weiteren Propagandamitteln, um eine wohlwollende öffentliche Meinung herzustellen und um die aggressive antijüdische Politik des Staates fortzusetzen. Eines dieser Mittel war die Organisierung von Hetzkampagnen auf Volksversammlungen mit dem Motto „Die Juden sind Mörder“. Den „Volksgenossen“ wurde nahegelegt, daß sie es nicht wagen sollten, diesen Versammlungen fernzubleiben, und in der Presse wurde betont, daß es noch viele Menschen gäbe, die nicht verstanden hätten „was auf der Tagesordnung steht“. Die Hessische Landeszeitung mußte eine Reihe von Hetzartikeln sowie giftige Verleumdungen veröffentlichen, in denen die Juden beschuldigt wurden, sämtliche Katastrophen der Vergangenheit, die über die Deutschen gekommen sind, verursacht zu haben. Greuelgeschichten über „verbrecherische Handlungen“, die angeblich von Juden am Rhein verursacht wurden, wurden aufgetischt. Diese Geschichten paßte man dem geographischen Hintergrund und den ökonomischen Verhältnissen an. So wurde dort geäußert, daß die Juden sich in der Vergangenheit mit der französischen Besetzermacht gegen die Deutschen verbündet hätten. Weiterhin berichtete man über „Gaunereien der jüdischen Vieh- und Lederhändler“ und vieles weitere mehr.

Die Absicht dieses Propagandafeldzuges war es, die deutsche Bevölkerung davon zu überzeugen, daß die Juden den Satan darstellten und es deshalb ihre Pflicht sei, diese zu hassen. Jede aggressive Handlung gegen sie sei berechtigt. Man müßte sie unendlich demütigen und jedes Mittel sei gerechtfertigt, um sie loszuwerden.

Die Ereignisse der „Kristallnacht“ und die Verordnungen, die anschließend veröffentlicht wurden, schufen eine neue Realität für die Juden Groß-Geraus. Ein Teil der jüdischen Männer blieb ungefähr zwei Monate in Buchenwald, die Frauen und die Alten wohnten weiter in ihren ruinierten Häusern, und der einzig verbliebene Ort, an dem man sich vor dem 10. November treffen konnte, die Synagoge, war leer und zerstört. Am 14. November wurden die Gasleitungen abgestellt und zwar auch in Wohnungen von Juden, die in Häusern lebten, in denen auch „Arier“ wohnten. Man kann davon ausgehen, daß dies deswegen geschah, um die Juden zu zwingen, diese Häuser zu verlassen, und um die Kontakte zwischen Juden und Nichtjuden zu unterbrechen. Die meisten Juden aus Groß-Gerau wurden nach der „Kristallnacht“ zu Sozialhilfeempfängern. Schon in der Mitte des Jahres 1939 konnte man die Juden Groß-Geraus an den Fingern einer Hand abzählen.

Am 11. November 1978 errichtete die Stadt Groß-Gerau am ehemaligen Standort der Synagoge eine Gedenktafel, auf der geschrieben steht:

„Hier stand das 1892 erbaute Gotteshaus der jüdischen Gemeinde. Es wurde am 9. November 1938 auf Befehl eines unmenschlichen Regimes zerstört. Den Lebenden zur Mahnung! Die Kreisstadt Groß-Gerau.“

„Die Kristallnacht“ bildete das Ende des jüdischen Lebens in einer Gemeinde, die über 600 Jahre lang existierte. Heute lebt ein einziger Jude in der Stadt, der nach dem Krieg aus einem Konzentrationslager zurückgekommen ist, Ludwig Goldberger.

Während des Krieges und danach

Über das Schicksal der Juden aus Groß-Gerau, die während der Katastrophe (Shoa) umgebracht wurden, haben wir so gut wie keine Informationen. Moritz Goldberger, der Vater von Ludwig Goldberger, wurde in Berlin ermordet und seine Frau kam in einem KZ um. Ein deutscher Soldat, der ihn vor dem Krieg persönlich kannte, traf 1943 Albert Kaufmann (den Vater von Menachem Kaufmann - d. Red.) in Bialistock, wo er als Zwangsarbeiter deutsche Soldaten desinfizieren mußte. Es ist anzunehmen, daß er dort ermordet wurde. Ein ähnliches Schicksal hatte auch seine Ehefrau. Max Reiss und seine Frau wurden nach Theresienstadt geschickt. Nach dem Krieg wurde der einzige Überlebende aus den Lagern, Ludwig Goldberger, von seinen ehemaligen Freunden, den Genossen des „Reichsbanner“ einer Organisation, die vor 1933 der SPD angegliedert war, mit großer Begeisterung aufgenommen.

In den Jahren 1946 - 1949 fanden einige Prozesse statt, bei denen Teilnehmer an den Ausschreitungen und an den Plünderungsaktionen in der „Kristallnacht“ verurteilt wurden. Einige bekamen Haftstrafen von 3 - 9 Monaten, andere wurden freigesprochen. Es gab auch neue Auswüchse von Antisemitismus in der Stadt ohne Juden. Im November 1953 wurde die Gedenktafel für die Opfer des Naziregimes mit Farbe beschmiert, im Juni 1963 haben Jugendliche 37 Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof umgeworfen. Die heutigen Stadtväter setzen sich dafür ein, daß die Judenverfolgungen nicht vergessen werden.

1980 organisierte die Erziehungs- und Jugendabteilung der Stadt eine große Veranstaltung, an der viele Gäste teilnahmen, darunter Überlebende der Todes- und Konzentrationslager, die der Jugend von den Greueln der Nazis erzählten. Dieses Ereignis endete mit einem Schweigemarsch zum Gedenkstein, der auf dem ehemaligen Gelände der Synagoge an der Frankfurter Straße zwei Jahre zuvor aufgestellt worden war.

Am 8. Mai 1985, 40 Jahre nach der Kapitulation der Nazis, enthüllte die Stadt die Gedenktafel für die jüdischen Opfer der Katastrophe aus Groß-Gerau und Umgebung. Bürgermeister Manfred Hohl sagte während der Einweihungsfeier:

„Wie konnte ein Freund, der in Frieden lebte, zum Mörder seiner Nachbarn werden, wie konnte ein sorgender Familienvater hilflose Kinder aussetzen? ... Wir dürfen die Schuld nicht nur Hitler, Heydrich und Eichmann geben — als die Synagoge in Groß-Gerau niederbrannte, als auf dem Marktplatz jüdische Menschen gefoltert und geplündert wurden, als auf diesem Friedhof der Gedenkstein für die jüdischen Soldaten, die im ersten Weltkrieg gefallen sind, zertrümmert wurde, schwiegen weite Kreise und unterstützten freiwillig den Rassismus. Vor ihrem Gewissen wollten sie ihr Verhalten mit ‚Gehorsam‘, ‚Pflichterfüllung‘ und ‚Staatsstreue‘ entschuldigen. Laßt uns diese Periode und dieses Verhalten nicht vergessen machen und nicht verdrängen, wir müssen aus der Zeit des Terrors und des Völkermordes unsere Lehren ziehen“.

An der Feier nahm auch Pfarrer Jisk Steetskamp teil, der daran erinnerte, daß viele Christen nicht davor zurückschreckten, sich aktiv an den Verfolgungen zu beteiligen, ebenso wie an den Folterungen und an den Plünderungen jüdischen Eigentums. Es gab solche, die aus Scham schwiegen, nur wenige protestierten. Die Kirche erfüllte ihren Auftrag nicht und setzte sich nicht zum Schutz der Verfolgten ein. Ein Vorsänger aus Frankfurt sprach das Gebet „El Male Rahamim“ und zählte im Gebet die Todeslager namentlich auf.

Die jüdische Gemeinde in Groß-Gerau wurde endgültig 1940 zerstört. Die überlebenden Juden leben heute in den verschiedenen Ländern und halten untereinander Kontakt. Dank der Initiative von einem dieser Überlebenden wurde 1985 eine Gedenktafel für Eltern und Geschwister, die bei der Katastrophe umkamen, aufgestellt.

Und anderswo?

In Geinsheim, einem Dorf zwischen Groß-Gerau und dem Rhein in der Nähe von Oppenheim, war es für die Juden eine selbstverständliche Sache, auf den Straßen geschlagen zu werden. In der Nacht wurden die Häuser der Juden auf Befehl des SA-Führers von Geinsheim, Georg Krug, mehrfach mit Steinen beworfen, die die Fenster zertrümmerten und durch die Schlafräume flogen.

Ende des Jahres 1934 wurden drei jüdische Familien gezwungen, das Dorf zu verlassen, einen Teil ihres Besitzes zurückzulassen und ihre Häuser zu Schleuderpreisen zu verkaufen. Sobald die Familien weggezogen waren, wurden ihre Häuser von Nazi-Rowdies aufgebrochen und geplündert, wobei große Schäden an den Gebäuden und den zurückgelassenen Möbeln entstanden. Die örtliche Polizei (ein einziger Dorfpolizist) erschien, gefolgt von der Kriminalpolizei von Groß-Gerau. Sie nahmen den Tatbestand auf und nahmen Fingerabdrücke — und damit war das Kapitel abgeschlossen. Eine Familie ging nach Groß-Gerau, die beiden anderen in Städte der Umgebung und von da nach Übersee.

Im Jahr 1935 wurden auch die jüdischen Bewohner des Dorfes **Erfelden** gezwungen, ihre Geschäfte zu schließen und sich in Sicherheit zu bringen. In anderen Dörfern, so beispielsweise im benachbarten **Trebur**, war es für die Juden möglich, noch bis 1938 zu bleiben. Hier konnten sie weiterhin ihre Geschäfte betreiben, und in diesen schrecklichen Tagen organisierten sie dort Gottesdienste in einer Synagoge, die in einem Privathaus untergebracht war. Einer der Juden, den man gezwungen hatte von Geinsheim zu fliehen und in Groß-Gerau zu leben, betätigte sich als Hausierer in Trebur und Wallerstädten.

Aus dem Hebräischen übertragen von Hannah Salomon.
Bearbeitung durch die Redaktion.

Quellen:

- Eintragungen im evangelischen Kirchenbuch Groß-Gerau
- Hessisches Staatsarchiv Wiesbaden 3019K 192-197 483 Nr. 10022
- Stadtarchiv Groß-Gerau XI-XIV
- Franz Flach, Die israelitischen Friedhöfe (Manuskript)
- Franz Flach, Die jüdische Gemeinde Groß-Geraus (Manuskript)
- Franz Flach, Synagoge und jüdische Gemeinde Groß-Gerau (Manuskript)
- Franz Flach, Gerauer Marktplatzgeschichten, Darmstadt o.J.
- Allgemeine Zeitung des Judentums 1887, 1802, 1885, 1892, 1909, 1919
- C.V.-Zeitung XII 1922, I 1927, X 1932
- Groß-Gerauer Kreisblatt 1892
- Heimatzeitung Groß-Gerau 26.4.1951, 11.11.1982, 24.10. 1984, 11.11.1985
- Hessische Landeszeitung 12. - 16.12.1938
- Israelit, Jahrgänge 16, 17, 30, 32, 33, 43, 46, 50, 59, 60, 72, 75
- Israelitisches Familienblatt, Jahrgänge 28, 33, 36, 38
- Jüdische Chronik Nr. 93, 94
- Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus 1894, 1898
- Mitteilungen des Landesverbandes der jüdischen Gemeinden in Hessen 1928, 1931, 1933
- W. Diehl, Zur Geschichte der Groß-Gerauer Synagogen, in: Das Gerauer Land Nr. 10, 15.8.1912
- Wilhelm Heymann, Judenfeindliche Bestrebungen in Groß-Gerau im 17. und 18. Jahrhundert, in: Hessische Chronik 1, 1912
- Paul Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden in Hessen. Anfang, Untergang, Neubeginn, Frankfurt/M 1971
- Beiträge zur Statistik des Großherzogtums Hessen, 1864
- Adolf Diamant, Jüdische Friedhöfe in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme, Frankfurt/M 1982
- Kurt Düwell, Die Rheingebiete in der Judenpolitik des Nationalsozialismus vor 1942, Bonn 1968
- Gemeindelexikon für den preussischen Staat, Provinz Hessen-Nassau, Volkszählung 1933
- Neunhundert Jahre Geschichte der Juden in Hessen, Wiesbaden, 1983
- S. Lillenthal, Jüdische Wanderungen in Frankfurt am Main, Hessen, Hessen-Nassau, Frankfurt/M 1938
- Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden. Die Lageberichte der Gestapo und des Generalstaatsanwaltes Karlsruhe 1933 - 1940, Stuttgart 1976
- Jürgen Ziegler (Hg.), Eine Provinzstadt wird braun. Alltag im Nationalsozialismus, Groß-Gerau (Manuskript)